

**Änderungsantrag**  
**zum Haushaltsentwurf 2024:**  
**Produkt 0107: Finanzmanagement, Kassen und Rechnungswesen**  
**„Verlängerung der Citybus-Linie“**

1. *Um die Verlängerung der Citybus-Linie bis nach Kleve-Kellen und Reichswalde im Rahmen des bestehenden, bis 31.12.2026 verlängerten Verkehrsvertrags zwischen der Stadt und dem Dienstleister realisieren zu können, werden die für das Stadtbuskonzept veranschlagten Mittel um 100.000 EUR auf 710.000 EUR erhöht.*
2. *Die Stadtverwaltung wird beauftragt, mit dem Dienstleister die Voraussetzungen für eine Verlängerung der Citybus-Linie nach Kleve-Kellen und Reichswalde zu klären. Zugleich sind die Aufwendungen für eine kostenlose Nutzung der Citybus-Linie zu ermitteln.*
3. *Die Stadtverwaltung wird ferner beauftragt, im Hinblick auf den zum 31.12.2026 auslaufenden Verkehrsvertrag den Betrieb der Citybus-Linie in Verantwortung der Stadt oder einer städtischen Tochtergesellschaft zu prüfen, die steuerrechtlichen und finanziellen Aspekte zu klären und hierüber dem Rat zu berichten. Dafür stellt der Rat Mittel für externe Beratung in Höhe von 15.000 EUR bereit.*

**Begründung:**

Im Produkt 0107 werden, wie in den Vorjahren, insgesamt 610.000 EUR für das „Stadtbuskonzept“ veranschlagt (Haushaltsentwurf 2024, Band 1, S. 175). Davon entfallen 140.000 EUR auf die Kosten für die City-Bus-Linie 49 (siehe: öffentliche Drucksache 438/XI).

Die Maßnahme 3.9 des Klimaschutzfahrplans (2019) der Stadt Kleve lautet: „(...) **Ziel ist die Steigerung der Attraktivität und damit die Inanspruchnahme des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV).** Ebenso steht (...) die Einführung eines E-Busses für die Innenstadt im Fokus.“

Es dürfte unstrittig sein, dass die Attraktivität des ÖPNV durch bessere Anbindung, bessere Taktung und günstige Fahrpreise gesteigert werden kann.

Davon hat die Stadtverwaltung in der Drucksache 438/XI ausdrücklich abgeraten!

Der Ausbau des ÖPNV in Kleve führt zu einem monetär zwar nicht fassbaren, aber klimapolitisch erwünschten und dringend benötigten Einspareffekt bei CO<sup>2</sup>-Emissionen. Das bedeutet einen Gewinn an Lebens- und Aufenthaltsqualität in der Stadt. Soll die Verkehrswende gelingen, dann muss der Verzicht auf die Pkw-Nutzung und der Umstieg auf möglichst fossilfreie Fortbewegungsmittel massiv unterstützt werden.

Deckungsvorschlag: Die Finanzierung dieser Aufwendungen in Höhe von 115.000 EUR erfolgt durch Streichung der Aufwendungen für die Machbarkeitsstudie zum Neubau einer Unterführung in Höhe von 500.000 EUR (Produkt 1201; S. 370).



Udo Weinrich, Fraktionsvorsitzender